

Ersatzforderungen drohen

Borchener Windkraftdebatte: Grüne Ratsfraktion setzt auf einen rechtssicheren Flächennutzungsplan. Scheitern der Klage wird als wahrscheinlich eingestuft

Von Ralph Meyer

■ **Borchen.** Im Vorfeld der Landtagswahlen stellten sich die Bündnisgrünen im Borchener Rat an einem Infostand den Borchener Bürgern. Unter dem Thema „Wie war es, was bewegt die Borchener Bürger?“ beantworteten Guido Reitmeyer, Hartmut Oster, Karl-Edzard Buse-Weber und Dieter Wiedemeier die Bürgerfragen.

Naturgemäß stand neben den Themen des Landtagswahlkampfes die Windkraftpolitik in der Gemeinde im Fokus der zahlreichen Fragen.

Dabei machten die Ratsmitglieder deutlich, dass sie die Gemeinde nicht mit Windkraftanlagen zupflastern wollen, sondern den notwendigen, substanziellen und damit rechtssicheren Raum für Erneuerbare Energien bereitstellen und gleichzeitig die un-

bedingt schützenswerten Interessen der Anwohner und der Natur berücksichtigen wollen.

Bei der Frage der Abstandsregelung im Entwurf des neuen Flächennutzungsplans geht der Planer von einem Mindestabstand von 300 plus X Metern aus. Je nach Art der Wohnbebauung kommen 700 Meter Abstand hinzu, was dann insgesamt 1.000 Meter Abstand ergibt.

Nach Auskunft des Planungsbüros wäre wohl auch ein Abstand von 1.200 Metern noch rechtssicher, so Guido Reitmeyer. Ob es am Ende der Planungen 1.000 oder 1.200 Meter Abstand sein werden, hängt von der Frage ab, ob noch genug so genannter substanzieller Raum von der Gemeinde zur Verfügung gestellt werden kann.

Nach dem „Halterner Urteil“ gilt ein gemeindlicher Flächenanteil von etwa zehn

Prozent als rechtssicher. Die Grünen bedauern, dass die Gemeinde zurzeit nicht das Heft zum Handeln in der Hand hat, nachdem der Flächennutzungsplan vom Verwaltungsgericht kassiert wurde.

Viele Bürger fragten nach möglichen Konsequenzen aus dem anhängigen Rechtsstreit, falls die Gemeinde dabei den Kürzeren ziehen sollte. Die Grünen halten ein Scheitern vor Gericht für wahrscheinlicher und hatten sich gegen die Klage ausgesprochen. Außerdem belaste der Klageweg die Gemeindekasse mit rund 100.000 Euro, so Reitmeyer.

Die möglichen Schadenersatzforderungen von Betreiberseite werten Borchens Grüne nicht als reine Drohkulisse. Ginge eine Windkraftanlage Ende des dritten Quartals diesen Jahres ans Netz, bekäme ein Betreiber vermutlich 7,86 Cent pro Kilowatt.

Eine Jahr später wären es rund 0,7 Cent weniger. Das hört sich wenig an, so der Grüne Reitmeyer, doch eine Windkraftanlage produziert um die acht Millionen Kilowattstunden im Jahr.

Das sind dann auf einmal 56.000 Euro pro Jahr, erklären die Grünen. Und da die Vergütung für 20 Jahre festgelegt wird, macht das 1,12 Millionen Euro, die dann im Raum stehen könnten.

Borchens Grüne streben einen guten Ausgleich zwischen dem Ausbau der erneuerbaren Energien, den Rechten und Interessen der Borchener Bürger auf Schutz und dem potenziellen finanziellen Schaden an.

Für die Grünen ist ein rechtskräftiger Flächennutzungsplan mit möglichst geringen Belastungen für die Borchener zielführender als der Klageweg.